



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuerentlastungen auf Bundesebene zügig voranbringen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag positioniert sich klar gegen Steuererhöhungen. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mittels einer Bundesratsinitiative für zügige Reformen hin zu steuerlichen Entlastungen und einem spürbaren Bürokratieabbau für Unternehmen einzusetzen, im Besonderen für:

- eine mittelstandsfreundliche Reform der Unternehmenssteuern,
- die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum 31.12.2019,
- eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, sich für eine Digitalisierung der von Unternehmen am häufigsten nachgefragten Verwaltungsleistungen einzusetzen. Auch die bundesweite Einführung des bayerischen Praxis-Checks für Gesetzesvorhaben sowie bei Änderungen im Vollzug muss von der Staatsregierung unterstützt werden.

Begründung:

Bayern zählt zu den attraktivsten Wirtschaftsregionen der Welt mit einer sehr guten Entwicklung in den letzten Jahren und einer hervorragenden Arbeitsmarktlage. Es gilt, die Weichen für ein wirtschaftlich erfolgreiches Bayern von morgen zu stellen.

Kürzlich vorgelegte Konjunkturumfragen verdeutlichen eine gute Geschäftslage bei bayerischen Unternehmen, jedoch abgekühlte Geschäftserwartungen für die Zukunft und eine Zurückhaltung bei der Investitionstätigkeit. Fast die Hälfte aller bayerischen Unternehmen sehen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Risikofaktor. Neben außenwirtschaftlichen Unsicherheiten führen die Unternehmen die hohe Steuer- und Abgabenlast und die starke Regulierungsdichte als Geschäftsrisiko an. Ziel der bayerischen Wirtschaftspolitik muss es daher sein, Investitionen der bayerischen Unternehmen wieder anzukurbeln. Auf internationaler Ebene vollzieht sich derzeit ein Wettbewerb bei Unternehmenssteuern, der vor allem durch die Reformen in den USA, Frankreich und Großbritannien angeheizt wird. Ziel der bayerischen Steuerpolitik muss es daher sein, dass in Deutschland erwirtschaftete Gewinne im Inland versteuert werden. Eine Verlagerung der Gewinne ins Ausland ist zu verhindern. Um die Investitionstätigkeit der Unternehmen weiter anzukurbeln, muss die Bundesregierung zügig für wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen, zum Beispiel mit Steuerentlastungen sorgen. Auch ist der im internationalen Steuerwettbewerb drohenden Gefahr von Unternehmensverlagerungen ins Ausland zu begegnen. Folge wären sinkende Steuereinkommen und der Verlust von Arbeitsplätzen. Leider verkennt die von CDU, SPD und CSU geführte Bundesregierung den Ernst der Lage.